



Presseschau vom 16.05.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Holger Michael: Befreiung statt Überfall durch die Rote Armee – Erinnerung an den ostslawischen Aufstand 1939

Der sowjetische Einmarsch in Ostpolen 1939 wird seit dem Kalten Krieg als Aktion des angeblichen Bündnispartners Hitlers zur gemeinsamen Zerschlagung Polens verleumdet. Die UdSSR habe selbst als Aggressor gehandelt, heißt es. Die meisten in diesem Zusammenhang stehenden Tatsachen werden hingegen verschwiegen. ...

<https://sptnkne.ws/CxcB>

Gert Ewen Ungar: Ökonomischer Populismus siegt vor dem Bundesverfassungsgericht

In der vergangenen Woche fällte das Bundesverfassungsgericht ein Urteil von großer Tragweite, aber auch von großer Tragik. Es ging um die Anleihekäufe der EZB. Es siegte der ökonomische Populismus. Deutschland rutscht damit weiter nach rechts. ...

<https://de.rt.com/273i>

abends/nachts:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie gerade mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 18:55 Uhr das Feuer aus Richtung Peski in Richtung **Shabitschewo** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden Schäden am Markt „Oktjabrskij“ und an Mehrparteienwohnhäusern im **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** festgestellt:

- Kremljowskij-Prospekt 41 (am 3. und 5. Eingang Splitterschäden an der Fassade, Fensterverglasung);
- Kremljowskij-Prospekt 27 Wohnung 7 (Fensterverglasung, ein Geschoss detonierte in der Küche);
- Kremljowskij-Prospekt 25 Wohnung 48 (direkter Treffer in ein Fenster, Splitterschäden an inneren Wänden);
- Kremljowskij-Prospekt 27 (am 2. und 3. Eingang ist die Fassade beschädigt, die Fensterverglasung herausgeschlagen).

Außerdem wurde ein direkter Treffer am Dach eines Gebäudes des Marktes „Oktjabrskij“ festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung konnten vermieden werden.

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 15. Mai 2020

Die ukrainischen Strafruppen sind zu einem neuen Stadium des Terrors gegen die friedliche Bevölkerung der Republik übergegangen, diesmal haben sie als Ziel Mehrparteienwohnhäuser von Einwohnern von Donezk gewählt.

Heute um 18:55 Uhr haben Strafruppen der 57. Brigade des Kriegsverbrechers Mischantschuk das Feuer mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf Mehrparteienwohnhäuser auf dem Kremljowskij-Prospekt in Shabitschewo eröffnet.

Dabei wurden folgende Häuser beschädigt: Kremljowskij-Prospekt 41, Kremljowskij-Prospekt 25, Wohnung 48, Kremljowskij-Prospekt 17, Wohnung 7 außerdem die Verglasung am Eingang Nr. 2 und Nr. 3.

Außerdem wurde ein Gebäude des Marktes „Oktjabrskij“ durch den Beschuss beschädigt.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Strafruppen den Beschuss vorsätzlich am Abend begannen, um eine möglichst große Zahl örtlicher Einwohner, die sich zu dieser Zeit in ihren Wohnung befinden, zu terrorisieren.

Durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, den Fall von Terror gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen zu registrieren und von der Ukraine eine Einstellung der Verletzung des geltenden Waffenstillstands, die Leben und Gesundheit friedlicher und unbewaffneter Menschen gefährdet, zu erreichen.

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Mai wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **„Erneuter Kniefall der Kanzlerin vor US-Druck“: Ex-Agent Rupp über Hacker-Rüge gegenüber Russland**

Von Liudmila Kotlyarova

Als Angela Merkel am Mittwoch Russland für den Hacker-Angriff auf den Bundestag verantwortlich machte, fragten sich erfahrene Geheimdienstler: Warum erst jetzt, wenn die „ganze Sache“ angeblich schon 2015 aufgedeckt wurde? In einem Sputnik-Gespräch äußert auch der berühmte DDR-Spion Rainer Rupp seine Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Beweislage.

„Warum kommt man erst jetzt mit diesem scharfen Angriff auf Russland im Bundestag durch Merkel?“, fragt Rupp, ehemaliger Top-Spion der DDR bei der Nato, zurück. Zuvor hatte die Bundeskanzlerin unter Berufung auf die Ermittlungsergebnisse des Generalbundesanwalts von „harten Evidenzen“ für eine russische Beteiligung gesprochen und den „ungeheuerlichen“ Vorgang als Teil der „Strategie der hybriden Kriegsführung“ durch Russland bezeichnet. Sie behielt sich dabei das Recht vor, Gegenmaßnahmen gegen Russland zu verhängen.

Im Hintergrund steht ein internationaler Haftbefehl gegen den 29-jährigen russischen Soldaten Dmitri Badin, den die Bundesanwaltschaft am 6. Mai erlassen hatte. Den Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes (BKA) zufolge soll Badin eine entscheidende Rolle bei dem Angriff auf den Bundestag gehabt haben, indem er eine eigens entwickelte Schadsoftware gesteuert hat, mit der dann Passwörter abgegriffen wurden.

„Wie sicher ist diese Spurensuche des Generalbundesanwalts und welche Hintergründe gibt es da? Wie sicher ist die Identifikationsmöglichkeit der Hacker?“, will Rupp in diesem Zusammenhang wissen.

„Die CIA und NSA rühmen sich selbst, gut von allen Nachrichtendiensten rund um die Welt und von allen Ländern eine Art Bücherei, also eine Datenbasis zu haben, um falsche Spuren zu legen“, argumentiert der 74-Jährige. „Wenn ein Internetserver gehackt wird, dann hinterlässt das immer Spuren, und zwar über die sogenannten Metadaten, aus denen unter anderem auch die Dekodierung bzw. die Programmiersprache herauszulesen ist. Da kann man, nur wenn man möchte - die bekannten russischen Begriffe oder die, die die Russen oder die Chinesen benutzen, mithilfe einer bestimmten Software in die Spuren einbauen, so dass, wenn man dann einen Server hackt, man schnell sagen kann, wohin die Spur führt.“

Solche Behauptungen, die gerne speziell von England oder den USA kommen würden, sagt Rupp weiter, seien immer mit großer Vorsicht zu genießen. Die erste Frage hieße: Was ist der politische Hintergrund? Wird solch ein Hackerakt nicht instrumentalisiert, um die Beziehung zwischen Ländern zu beschädigen?

Es lässt sich Rupp entgegenstellen: Es habe mit den Ermittlungen bis jetzt gedauert. - „Wenn es so ist, dann ist es ein Armutszeugnis - sowas kann es nicht geben“, kontert Rupp. Man müsse erst aber schauen, wie schlagkräftig diese angeblichen Beweise seien. Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow hat die Bundesrepublik Moskau bisher keine Beweise für die russische Beteiligung am proklamierten Angriff vorgelegt.

„Dem Verdächtigen die Folterwerkzeuge gezeigt“

Was Rupp weiter vorschlägt: Sich das politische Umfeld im Hintergrund anschauen, vor dem jetzt dieser - bisher verbale - Angriff von der Kanzlerin komme. „Wer aufmerksam die Entwicklung in den USA verfolgt, der könnte in den einschlägigen Medien, aber auch aus den Stellungnahmen der Denkfabrik-Leute klar herauslesen, dass das Regime in Washington und die Kriegstreiber dort sehr unzufrieden sind darüber, dass sich die Bundesrepublik jetzt an der schärferen von den USA vorgegebenen Gangart gegen China und auch Russland nicht so richtig beteiligen will“, sagt der Mann. „Offensichtlich hat man hier nochmal etwas nachgeschoben. Ich vermute, dass man hier hinter den Kulissen auch gegenüber Deutschland - na ja, der Kanzlerin wahrscheinlich, wie es bei der Inquisition gesagt wurde, dem Verdächtigen die Folterwerkzeuge gezeigt wurden.“ Im Grunde genommen sehe man hier

„einen erneuten Kniefall der Kanzlerin vor dem amerikanischen Druck“. Merkel könne und wolle nicht mit China oder mit Russland so weit brechen. Was sie aber im Bundestag über die „hybride Kriegsführung“ sagte, sei ein Ausweg, um zu zeigen, dass man auf derselben politischen Linie wie die USA sei.

„Wenn man sich anschaut, über welche Schienen die ganzen Geschichten laufen, dann ist es über die Geheimdienste“, antwortet Rupp auf die Frage nach den möglichen Informationsquellen des Generalbundesanwalts im Hacker-Fall.

„Gerade die US-Geheimdienste NSA und CIA sind in Deutschland bisher stark vertreten. Allerdings haben die mit dem Generalstaatsanwalt wiederum nichts zu tun, allein von der Struktur her. Das muss über die Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamts gehen. Von daher kann ich mir nicht vorstellen, dass die Staatsschutzabteilung des BKA es war, denn sie arbeitet mit dem FBI zusammen und nicht mit der CIA. Oder dass der US-Druck über diese Generalstaatsanwaltschaft-Linie bzw. die BKA-Staatsschutzabteilung stark genug sein kann, um die Kanzlerin zu solch einem Angriff auf Russland zu verleiten. Ich gehe eher davon aus, dass es hier direkten Druck von Washington aus auf die Bundesregierung gab bzw. auf die Kanzlerin persönlich.“

Auf eine Parallele zur NSA-Überwachungsaffäre will Rupp zum Schluss nicht verzichten.

„Wie hat die Bundeskanzlerin gegen eine nachweisliche Überwachung der NSA über ihre persönlichen Handyanrufe reagiert? - Mit 'So was tut man unter Freunden nicht' - und das war dann auch alles. Und dann waren sie alle wieder Freunde. Das ist eine rein politische Show. Nur es vergiftet natürlich die Atmosphäre und ist Teil der Propaganda, um auch die bundesdeutsche Öffentlichkeit gegen Russland aufzubringen. Aber aus meiner Sicht gelingt es ihnen nicht so richtig.“



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32659/16/326591664_3:113:2000:1193_1000x0_80_0_1_cdd3b4d969b5a51aac9da86deb5b5015.jpg.webp

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. Mai 3:00 Uhr bis 16. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 21. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wasiljewka, Krutaja Balka, Shabitschewo, Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Siedlung des Abakumow-Bergwerks), Staromichajlowka, Alexandrowka,**

Nabereshnoje.

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern um 18:55 Uhr das Feuer aus Richtung Peski in Richtung Shabitschewo mit Mörsern des Kalibers 82mm, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Infolge des Beschusses wurden ein direkter Treffer auf das Dach eines Gebäudes des Marktes „Oktjabrskij“ sowie Schäden an vier Mehrparteienwohnhäusern im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 353.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 154.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Kolumbiens Verteidigungsminister weist Maduros Vorwurf von Söldnerausbildung zurück

Der kolumbianische Verteidigungsminister Carlos Holmes Trujillo hat den Vorwurf des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro zurückgewiesen, dass sein Land in die gescheiterte Umsturzaktion in Caracas verwickelt gewesen sei. Dabei räumte Trujillo ein, dass die Regierung in Bogota einen Wandel im Nachbarland anstrebe.

Die Behörden in Venezuela wollen Anfang Mai eine Invasion von Söldnern aus Kolumbien abgewehrt haben, die einen Umsturz geplant haben sollen.

„Das ist eine absolute Lüge“, kommentierte Trujillo, der zuvor Kolumbiens Außenminister war, in einem Gespräch mit dem Radiosender RCN. „Die Haltung Kolumbiens zu Venezuela ist völlig klar, ich habe sie als Außenminister auf allen internationalen Foren erläutert.“

Trujillo erklärte, dass Kolumbien in seinen politischen und diplomatischen Beziehungen zu anderen Ländern auf alle verfügbaren institutionellen Mechanismen zurückgreife, um Voraussetzungen für einen Wandel in Venezuela zu schaffen.

Diese Position sei auch aus Stellungnahmen von Präsident Iván Duque zu entnehmen.

Die venezolanischen Behörden hatten am 3. Mai mitgeteilt, dass im Norden des Landes das Eindringen kolumbianischer Militanter auf See verhindert worden sei. Angreifer hätten die venezolanische Küste mit Schnellboten erreicht, wo sie von Streitkräften abgefangen worden seien. Acht der Angreifer, die laut Venezuela in Kolumbien ausgebildet worden waren, seien getötet worden.

Venezuelas Präsident Maduro erklärte, das Ziel der Invasion sei seine Ermordung gewesen, zudem seien unter den Angreifern zwei Mitarbeiter der Leibwache des US-Präsidenten gewesen. Die USA bestreiten ebenso wie Kolumbien jede Verstrickung.

In dieser Woche erklärte Maduro, ihm lägen Hinweise darauf vor, dass in Kolumbien mit Wissen von Staatschef Iván Duque neue Söldnertruppen für einen Angriff auf sein Land gebildet würden.

Am Donnerstag hatte Maduros Vize Vladimir Padrino Lopez über die Festnahme von 39 Deserteuren der venezolanischen Armee berichtet, die versucht haben sollen, illegal aus Kolumbien ins Land zu kommen. Padrino Lopez mutmaßte, dass die Männer der privaten Sicherheitsfirma Silvercorp angehören könnten, die laut der venezolanischen Regierung hinter der gescheiterten Invasion steckt.

Kolumbien und die USA unterstützen den venezolanischen Oppositionsführer, Juan Guaidó, der den gewählten Präsidenten, Nicolás Maduro, entmachten will. Guaidó hatte sich Anfang 2019 zum Interimspräsidenten erklärt, nachdem Massenproteste gegen Maduro das Land

erschüttert hatten. Nach Informationen der venezolanischen Regierung hatte Guaidós Lager für knapp 213 Millionen US-Dollar die private Sicherheitsfirma Silvercorp beauftragt, Söldner nach Venezuela zu schicken, um Präsident Maduro umzubringen und Guaidó die Machtübernahme zu ermöglichen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32712/41/327124103_0:390:3067:2048_1000x0_80_0_1_c351568bb756bffc13895a2f6878473.jpg.webp

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden **in der DVR 17 neue Fälle von Infektionen mit COVID-19** festgestellt, teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums der DVR mit. Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen von bereits Erkrankten, davon drei medizinische Beschäftigte. Der Zustand der Patienten ist derzeit zufriedenstellend, alle erhalten die notwendigen Behandlungen.

Am 16. Mai um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 246 Fälle von Infektion registriert. 205 Patienten sind derzeit in Behandlung, 36 als gesund entlassen, es gibt fünf Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Acht Soldaten bei Taliban-Angriffen im Osten Afghanistans getötet – Medien**

Die radikalislamischen Taliban haben in der Nacht nach Informationen des Senders 1TV News mehrere Ziele im Osten Afghanistans angegriffen und mindestens acht Soldaten getötet. Neun weitere Armeeangehörige erlitten Verletzungen.

Die Taliban hätten Kontrollposten in der Nähe eines Staudamms in der östlichen Provinz Paktia attackiert, berichtet 1TV News unter Berufung auf Sicherheitskreise.

Die afghanischen Streitkräfte teilten ihrerseits mit, dass in der Region neun Taliban-Kämpfer getötet und fünf weitere verletzt worden seien.

In Afghanistan befindet sich die Regierung in einer Dauerauseinandersetzung mit der islamistischen Taliban-Bewegung, die weite ländliche Gebiete des Landes kontrolliert und ab und an auch Großstädte angreift. Darüber hinaus baut die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, Daesh) in dem Land am Hindukusch ihren Einfluss aus. Die afghanischen Streit- und Sicherheitskräfte führen landesweit Operationen zur Terrorismusbekämpfung durch.

Lug-info.com: In der LVR sind am 15. Mai 312 Fälle von Infektion mit dem Coronavirus registriert. Davon sind 104 wieder als gesund entlassen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Nasa von Moskaus Reaktion auf Erarbeitung von US-Verträgen**

über Mond-Bergbau enttäuscht

Russlands Reaktion auf Berichte über die Vorbereitung von bilateralen Verträgen zum Bergbau auf dem Mond hat die US-Raumfahrtbehörde Nasa enttäuscht, wie der stellvertretende Chef des Nasa-Büros für internationale und behördenübergreifende Beziehungen, Mike Gold, erklärte. Trotzdem hoffe die Nasa auf Russlands Unterstützung und Teilnahme.

Die US-Seite habe weiterhin die Hoffnung, dass Russland das Projekt doch unterstützen werde, sagte Gold bei einer Videokonferenz, bei der die Nasa ihr Konzept der Grundsätze zur internationalen Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Mondprogramms präsentierte.

USA entwerfen bilaterale Verträge über Mond-Bergbau

Am 5. Mai hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf ihre Quellen berichtet, die Administration Trump bereite einen Entwurf für neue internationale Verträge namens Artemis Accords (Artemis-Vereinbarungen) über den Bergbau auf dem Mond vor. Washington plane, Raumfahrtpartner wie Kanada, Japan, die Europäische Union und die Vereinigten Arabischen Emirate einzubeziehen, während Russland nicht zu den frühen Partnern gehören solle, hieß es. Die Berichte lösten heftige Kritik von Seiten Moskaus aus: Der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, verglich die US-Pläne mit den Invasionen im Irak und in Afghanistan.

In diesem Zusammenhang sagte nun Gold, die Nasa sei von der Reaktion in Russland enttäuscht gewesen, zumal das Wesen des Dokuments damals noch unbekannt gewesen sei. „Ich hoffe, dass unsere Kollegen in Russland, wenn sie sehen, was wir mit dem Artemis-Abkommen zu erreichen versuchen und wie wir es tun, uns unterstützen und sich uns bei der Schaffung der Verhaltensnormen anschließen werden, die es uns ermöglichen sollen, eine friedliche und wohlhabende Zukunft für Russland, die USA und die Welt zu erreichen“, zitiert ihn die Nachrichtenagentur RIA Novosti. Die vorgeschlagenen Prinzipien würden auf denen des Weltraumvertrags von 1967 beruhen, betonte Gold.

Nasa-Thesen zur Artemis-Umsetzung

Laut den Nasa-Richtlinien, die am Freitag publik gemacht wurden, rechne Washington bei der Umsetzung des Mondprogramms „Artemis“ damit, bilaterale Abkommen zu schließen. Diese sollten auf Grundsätzen beruhen, die auf die Schaffung eines „sicheren und transparenten Umfeldes abzielen, das die Forschung, Wissenschaft und den Handel zum Wohle der gesamten Menschheit fördert“.

Jegliche Aktivitäten (bei der Weltraumerschließung – Anm. d. Red.) sollten demnach zu friedlichen Zwecken erfolgen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern müsse auf Transparenz beruhen und die Kompatibilität der Systeme gewährleisten, die zur Umsetzung des Programms eingesetzt würden.

Die künftigen Vertragsparteien sollten sich dazu verpflichten, einander im Notfall zu helfen, das Übereinkommen über die Registrierung der in den Weltraum gestarteten Gegenstände einzuhalten, Forschungsinformationen auszutauschen und bei der Reduzierung von Weltraummüll zusammenzuarbeiten.

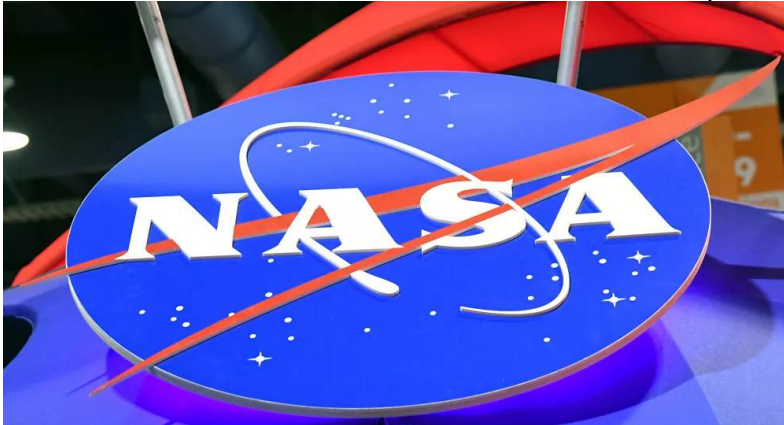
Die Gewinnung und Nutzung von Ressourcen im Weltraum sollten im Einklang mit dem Weltraumvertrag stehen, heißt es im von der Nasa vorgelegten Dokument. Die internationalen Partner sollten zur Offenlegung von Informationen über die Standorte und den Inhalt ihrer Aktivitäten verpflichtet sein, um so genannte „Sicherheitszonen“ zu schaffen und Konflikte zu verhindern.

Artemis-Programm

Zuvor hatte die Trump-Administration die Wiederaufnahme des Mondprogramms angekündigt. Das sogenannte Artemis-Programm sieht die Rückkehr und ständige Anwesenheit des Menschen auf dem Mond vor. Das Mondprogramm soll zu einem Schritt in Richtung bemannter Missionen zum Mars werden.

Im Rahmen des neuen Mondprogramms soll die Raumstation Gateway geschaffen werden,

die den Mond umkreisen und als Zwischenstation für spätere Marsmissionen dienen soll.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32712/92/327129238_0:211:2929:1795_1000x0_80_0_1_27a17ba64508aa4a8f3f7143c8cccf1e.jpg.webp

telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Kommentar der Außenministerin Natalja Nikonorowa über Aussagen der Vertreter Kiews zur Weigerung, einen direkten Dialog mit den Republiken zu führen**

Ukrainische Beamte bringen trotz ihrer hohen Funktionen und Ränge weiter alle Anstrengungen ein, um sowohl sich als auch den gesamten ukrainischen Staat in einem äußerst ungünstigen Licht darzustellen. Anders ist es unmöglich zu erklären, warum ukrainische Persönlichkeiten mit einem solchen Stolz in den Massenmedien erklärten, dass sie sich einem direkten Dialog mit Vertretern des Donbass verweigern und dies auch planen weiter zu tun. Schon eine solche Äußerung ist ein klarer Beleg für die Verletzung des Maßnahmekomplexes durch die Ukraine, worin deutlich festgestellt ist, dass die Konfliktseiten – Kiew und der Donbass – direkt über einen unmittelbaren und sachbezogenen Dialog in Minsk kommunizieren müssen.

Aber die Ukraine und ihre kühnen Diplomaten beschränken sich nicht auf Prahlereien, wie sie verwegen internationale Rechtsakte verletzen und entgegen vom UN-Sicherheitsrat gebilligten Dokumenten handeln. Wir hören außerdem noch Erklärungen, dazu noch von Personen in sehr hohen diplomatischen Funktionen, dass Kiew angeblich während der Sitzung der Kontaktgruppe „Aufklärung durch Kampf“ durchführt. So demonstriert die ukrainische Regierung nicht nur ihr Unverständnis des Wesens von Friedensverhandlungen, in denen keine Kämpfe organisiert werden müssen, sondern über die Regelung eines Konflikts verhandelt werden muss. Sie machen auch noch zynische Verweise auf ihren barbarischen Beschuss unseres Territoriums, bei denen völlig unschuldige Einwohner sterben, leiden, Kinder und Erwachsene verletzt werden. Solche Handlungen von Seiten der heutigen ukrainischen Führung führen zu dem unerfreulichen Schluss: In Kiew werden jetzt nicht nur Bandera und andere nazistische Handlanger ideologisch verherrlicht, sondern auch in der Praxis ihre schrecklichen blutigen Methoden eingesetzt.

Wir erinnern die Ukraine ein weiteres Mal daran, dass die reale Lage der Dinge die folgende ist: Der Donbass hat bereits 2014 entschieden deutlich gemacht, dass wenn die Stimme unserer Einwohner nicht gehört wird, dies bedeutet, dass wir niemals in einem Staat mit einer solchen Regierung leben werden. Kiew muss so schnell wie möglich erkennen, dass es nicht gelingen wird, den Donbass nicht zu berücksichtigen, und das heißt, die ukrainische Regierung hat nur zwei Handlungsvarianten: entweder direkt, offen und zuverlässig mit den Republiken im Rahmen des Minsker Formats zu sprechen oder offiziell die Unmöglichkeit anzuerkennen, seine Verpflichtungen bezüglich der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und dafür die entsprechende Verantwortung gegenüber den Garantenstaaten und der gesamten Weltgemeinschaft zu tragen.

de.sputniknews.com: **US-Repräsentantenhaus verabschiedet Corona-Hilfspaket in Höhe von drei Billionen Dollar**

Das von den Demokraten kontrollierte US-Repräsentantenhaus hat ein neues Hilfspaket in Höhe von drei Billionen US-Dollar (2,8 Billionen Euro), mit dem die sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie abgemildert werden sollen, beschlossen. Das gab der TV-Sender CNBC bekannt.

Für dieses Dokument stimmten demnach am Freitag in Washington 208 Abgeordnete. Weitere 199 votierten dagegen.

Die von den Demokraten eingebrachte Gesetzesvorlage sieht unter anderem die Bereitstellung von etwa einer Billion US-Dollar an die staatlichen und örtlichen Machtorgane, neue direkte staatliche Zuschüsse an Privatpersonen sowie Hilfe an Arbeitslose, Mieter und Hausbesitzer vor. Pro Kopf sollen 1200 US-Dollar locker gemacht werden.

Zudem sind Hilfen für Beschäftigte des Gesundheitswesens und der Rettungsdienste, eine Ausweitung der Lebensmittelhilfen für arme Familien und zusätzliche Finanzhilfen für kleine Firmen vorgesehen.

Nun steht der demokratischen Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, ein „Handel“ mit dem von den Republikanern kontrollierten Senat und dem Weißen Haus bevor.

Republikaner gegen Hilfspaket

Sowohl die Republikaner als auch das Weiße Haus hätten sich gegen den Schritt gestellt. Dies hatten sie damit begründet, dass seit dem letzten Zwei-Billionen-Dollar-Hilfspaket nicht genug Zeit vergangen sei, um entscheiden zu können, ob die US-amerikanische Wirtschaft solche gigantischen Geldspitzen benötigt.

Indes äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, skeptisch gegenüber dem Gesetzentwurf. McConnell will nach eigenen Worten wie auch andere Republikaner die Ergebnisse der Umsetzung des zuvor bereitgestellten Billionen Dollar schweren Hilfspakets sehen, bevor sie ein anderes Paket aufnehmen würden.

Ende März hatte der US-Senat den Gesetzentwurf zur Bereitstellung von zwei Billionen US-Dollar zur Linderung der verheerenden wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Epidemie verabschiedet.

Coronavirus-Fälle in den USA

In den USA, die das am stärksten betroffene Land weltweit sind, haben sich nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität nach dem Stand zum Samstag, um 09.33 Uhr, mehr als 1,4 Millionen Menschen mit SARS-CoV-2 angesteckt. Die Zahl der Toten stieg auf 87.568. Weltweit sind mehr als 4,5 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert. 307.736 sind gestorben.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.05.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden 21-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In Richtung Gorlowka haben Kriegsverbrecher der 58. Brigade unter Kommando von Kaschtschenko die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 57. Brigade Mischantschuks, der 28. Brigade Martschenkos und der 54. Brigade Majstrenkos das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern, großkalibrigen

Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Krutaja Balka, Staromichajlowka, Wasiljewka, Alexandrowka, Shabitschewo, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und den **Donezker Flughafen** eröffnet.

Ukrainische Straftuppen der 57. Brigade haben auf Befehl Mischantschuks den

Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk mit 82mm-Mörsern beschossen. Dabei wurden drei Häuser auf dem Kremljowskij-Prospekt 25, 27 und 41 beschädigt, außerdem wurde durch Beschuss ein Gebäude des Marktes „Oktjabrskij“ beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kaschtschenko, Majstrenko, Mischantschuk, Martschenko und Subanitsch hinzuzufügen. Nach Informationen unserer Quelle im Stab der 54. Brigade **nutzen die ukrainischen Kämpfer den militärischen Konflikt im Donbass weiter im Interesse ihres finanziellen Wohlergehens**. So hat der Brigadekommandeur Majstrenko beschlossen, die vor kurzem in seinem Verantwortungsbereich eingetroffene Einheit von Nationalisten des „Rechten Sektors“ auf ihren Platz zu verweisen. Die Nationalisten haben an einem Straßenabschnitt zwischen Otscheretino und Alexandropol einen gesetzwidrigen Checkpoint eingerichtet, an dem sie Lastwagen und zivile Fahrzeuge anhalten und Ladungen, Fahrer und Passagiere durchsuchen. Bei der Durchsuchung von Fahrzeugen wird den Fahrern vorgeschlagen, für die mit einem Lastwagen 1000 Griwna zu zahlen, mit einem leichten Fahrzeug 200 Griwna. Bürgern, die sich weigern, werden Beschuldigungen bezüglich der Unterstützung von „Separatisten“ vorgeworfen, es werden ihnen Sim-Karten des republikanischen Mobilfunkoperators „Phönix“ untergeschoben. Dort vor Ort bieten die Nationalisten des „Rechten Sektors“ dann an, sich mit 5000 Griwna loszukaufen, um Problemen mit dem Gesetz und einer Untersuchungshaft zu entgehen.

Majstrenko war mit dieser Situation unzufrieden, weil die Abgaben der örtlichen Einwohner, die den gesetzwidrigen Checkpoint passieren, an ihm vorbei gehen und den Konkurrenten vom „Rechten Sektor“ zufließen. Der Kommandeur der 54. Brigade entschied, eine Gruppe von bewaffneten Personen, denen er vertraut, zu den Nationalisten zu schicken, um die Situation zu regeln und seinen Anteil an den Abgaben zu erhalten.

Die Kämpfer des „Rechten Sektors“ waren über eine solche Wendung der Ereignisse empört. Bei dem Gespräch gab es ein Wortgefecht, das in einen **Konflikt unter Einsatz von Schusswaffen zwischen Kämpfern der 54. Brigade und Vertretern des „Rechten Sektors“** überging. Infolge des Schusswechsels **starben zwei Untergebene von Majstrenko, weitere zwei wurden verletzt. Die Verluste der Nationalisten betragen zwei Verletzte**.

Dieser Fall wird sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Stab verheimlicht, und die Verluste der ukrainischen Kämpfer werden als Ergebnis von Beschuss dargestellt werden.

Uns wurden weitere Fälle von **Schmuggel von Waffen und Munition durch ukrainische Kämpfer** aus der OOS-Zone in die Tiefe des Landes bekannt. Geschäftstüchtige Kämpfer der 128. Gebirgsturmbrigade, die wissen, dass es in der nächsten Zeit keine Rotation geben wird, haben den gesetzwidrigen Handel mit Waffen, Munition und Nachtsichtgeräten AN/PVS-14, die als Militärhilfe aus den USA kamen, fortgesetzt.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Mitarbeiter des SBU am 12. Mai im Gebiet von Chlebodarowka eine Spezialoperation zur Aufdeckung von Kanälen für illegalen Waffenhandel aus der OOS-Zone in die Tiefe des Landes durchgeführt. Bei den operativen Fahndungsmaßnahmen wurde der Soldat der 128. Brigade Suchezkij entdeckt, der sich mit Mitarbeitern der Spezialdienste, die als Zivilisten gekleidet waren, auf ein Geschäft zum Verkauf von drei Maschinenpistolen, 20 RGD-5-Granaten, 5000 Patronen des Kalibers 5,45 mm und zwei Nachtsichtgeräten an diese einließ. Bei der Festnahme des Waffenhändlers unternahm dieser einen Fluchtversucht in einem leichten Fahrzeug, aber kam bei der Verfolgungsjagd nicht mit der Lenkung zurecht und geriet in einen Verkehrsunfall, danach wurde er von Mitarbeitern des SBU festgenommen.

Suchezkij befindet sich derzeit in Untersuchungshaft, es wurde ein Strafverfahren wegen

gesetzwidrigem Waffenhandel aufgenommen. Zur Überprüfung der Lage der Dinge und des Vorhandenseins von Material ist eine Kommission aus dem Stab der OOS in der Brigade eingetroffen, zu der Offiziere der rückwärtigen Dienste und des militärischen Rechtsordnungsdienstes gehören.

de.sputniknews.com: **US-Botschafterin in Warschau: Verlagerung der US-Atomwaffen von Deutschland nach Polen möglich**

Die US-Botschafterin in Warschau, Georgette Mosbacher, hat die Verlagerung der US-Atomwaffen von Deutschland nach Polen nicht ausgeschlossen. Der Grund dafür sind die andauernden Streitigkeiten in Berlin über die langfristige Stationierung des US-Militärpotenzials im Land.

„Wenn Deutschland das nukleare Potenzial der Nato verringern und das Bündnis schwächen will, ist vielleicht Polen, das seinen Verpflichtungen eindeutig nachkommt, sich der Risiken bewusst ist und sich an der Ostflanke der Nato befindet, bereit, das entsprechende Potenzial bei sich zu stationieren“ schrieb Mosbacher spät am Freitag auf ihrem Twitter-Account. Die polnischen Behörden haben bislang auf das Posting von Mosbacher nicht reagiert. Die Stationierung von US-Atomwaffen in Polen würde einen groben Verstoß gegen die Grundakte zwischen Russland und der Nato von 1997 darstellen.

Streit über US-Atomwaffen in Deutschland

In Deutschland dauert seit mehreren Wochen die Debatte über die Stationierung von US-Atomwaffen im Land an. Prominente SPD-Vertreter wie der Fraktionschef Rolf Mützenich fordern den Abzug der Waffen, während die CDU-Politiker kategorisch dagegen angehen.

In einem Interview mit dem Tagesspiegel forderte Mützenich Anfang des Monats, Deutschland solle die Stationierung von US-Atomwaffen „künftig ausschließen“.

Die SPD-Spitze stellte sich hinter den Vorstoß Mützenichs. Parteichef Norbert Walter-Borjans: „Ich vertrete eine klare Position gegen Stationierung, Verfügungsgewalt und erst recht gegen den Einsatz von Nuklearwaffen“, zitiert die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ Walter-Borjans. Deshalb lehne er es ab, „Nachfolger für die Kampfflugzeuge zu beschaffen, die für den Einsatz als Atombomber vorgesehen sind“.

Unions-Fraktionsvize Johann Wadephul (CDU) forderte Außenminister Heiko Maas (SPD) seinerseits auf, Mützenich zu widersprechen. „Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht die Fortführung der nuklearen Teilhabe außerfrage“, sagte Wadephul. „Sie ist aus gutem Grund im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das ist nicht verhandelbar.“ Die nukleare Abschreckung sei für die Sicherheit Europas unverzichtbar. Wenn Spitzenvertreter der SPD dies infrage stellten, „ist es ein verheerendes Signal für Deutschlands Sicherheitspolitik“.

In einem am Donnerstag veröffentlichten Gastbeitrag in der Zeitung Die Welt kritisierte US-Botschafter Richard Grenell die deutsche Regierung hinsichtlich ihrer Nato-Verpflichtungen. Insbesondere richtete er seine Kritik an die SPD.

Grenell plädiert in seinem Beitrag für die weitere Relevanz der Nato und betont die Rolle der nuklearen Abschreckung der Nato als Mittel zur Friedenssicherung. Allerdings, so Grenell, untergräbt Deutschland derzeit „die Solidarität, die das Fundament der atomaren Abschreckung der Nato bildet“.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32600/44/326004464_0:35:1000:576_1000x0_80_0_1_a153358821cf4de75cf3c10e5ee4af85.jpg.webp

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte** festgestellt. ...

Um das Image der Soldaten und das Prestige des Militärdienstes der ukrainischen Streitkräfte in den Aufgaben der Öffentlichkeit der NATO-Länder zu erhöhen, ist am 10. Mai die **Fotografin des amerikanischen Nachrichtenagentur Polaris Jennifer Tuero Blatty in der OOS-Zone eingetroffen.**

Als sie am 15. Mai eine malerische Fotosession in einem Waldstück des Staniza-Luganskaja-Bezirk mit Soldaten einer Aufklärungskompanie der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durchführte, machte Jennifer eine neue Bekanntschaft mit Soldaten, die eine erhebliche Menge alkoholischer Getränke aus örtlicher Produktion genossen hatten.

Am Abend, bei der Rückkehr in ein Hotel in Nowoajdar wurde das Fahrzeug des Fotokorrespondenten, ein Hyundai Sonata mit der Nummer BC8175IA an einem Posten im Gebiet von Wojtowo angehalten, wo Mitarbeiter der Nationalgarde den Fahrer Andrej Katerentschuk des Fahrens in betrunkenem Zustands beschuldigten, außerdem wurde bei dem Fahrer eine Pistole vom Typ PM entdeckt, die er ohne entsprechende Genehmigung bei sich hatte, sowie ein Telefon mit der Nummer +380963846263.

Der Fahrer wurde festgenommen und die schlafende **US-Bürgerin konnte ihre edle amerikanische Herkunft nicht erläutern und wurde zur Aufklärung der Umstände zu einem provisorischen Stationierungspunkt der Nationalgardisten gebracht.** Nachdem sie die Dame mit Spirituosen bewirtet hatten, gelang es den Patrouillenmitgliedern, die amerikanische Korrespondentin in einen unzurechnungsfähigen Zustand zu bringen, und sie begingen an ihr gewaltsame Handlungen sexuellen Charakters.

Zu dem Zeitpunkt, als es Katerentschuk gelang, den Soldaten den Aufenthalt einer amerikanischen Bürgerin in ihrem Verantwortungsbereich zu erklären, war die Sache schon getan und sie ruhte sich friedlich in der Zelle für zeitweilig Festgenommene aus, wo auch der sie begleitende Fahrer untergebracht wurde.

Als ihm ihre Verantwortung für die Tat klar wurde, entschloss sich der Leiter des Postens Feldwebel Jeremejew, die unerwarteten Gäste physisch zu liquidieren, weil eine Veröffentlichung des Geschehens die weitere Karriere und Freiheit aller am Verbrechen Beteiligten gefährden würde.

Zu diesem Zweck wurde am frühen Morgen des 16. Mai die amerikanische Fotografin Jennifer Tuero Blatty und der ukrainische Bürger Andrej Katerentschuk in das Gebiet von Trjochisbjonka gebracht, wo geplant war, ihren Tod in der Folge eines Mörserbeschusses oder der Detonation einer Sprengeinrichtung zu inszenieren.

Zur Zeit ist nicht bekannt, ob dieser brutale Plan von den Mitarbeitern der Nationalgarde ausgeführt wurde. Im Zusammenhang damit rufen wir die interessierten Seiten auf, den Tod der amerikanischen Frau durch ukrainische Verbrecher nicht zuzulassen.

de.sputniknews.com: „Viel Herzblut hingegen“ – Russlands Verteidigungsamt zu Hilfe für Serbien

Durch gemeinsame Anstrengungen von Militärspezialisten Russlands und Serbiens ist es gelungen, die Corona-Lage in diesem Balkanland zum Besseren zu wenden. Das gab der Befehlshaber der Truppen für den Strahlen-, chemischen und biologischen Schutz des russischen Wehrbezirks West, Generalmajor Michail Tschernyschow, am Samstag bekannt. „Heute verlassen erste Einheiten des vereinten Trupps der russischen Streitkräfte die gastfreundliche Republik Serbien. Durch gemeinsame Anstrengungen der Regierung Serbiens, seines Verteidigungsministeriums und des vereinten Trupps Russlands haben wir die Coronavirus-Epidemie zum Besseren wenden können. Wir haben viel Kraft aufgebracht, um diese Aufgabe zu erfüllen. Ich danke allen für das viele Herzblut, das ihr für die Umsetzung dieser Aufgaben hingegen habt“, sagte Tschernyschow.

Auf dem Militärflugplatz Batajnica bei Belgrad fand am Samstag eine Zeremonie statt, in deren Rahmen russische Militärspezialisten, die seit 3. April in Serbien im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie im Einsatz gewesen waren, verabschiedet wurden. Der Veranstaltung wohnten der Verteidigungsminister, Aleksandar Vulin, und der Generalstabschef Serbiens, General Milan Mojsilović, sowie der russische Botschafter in Belgrad, Alexander Bozanchartschenko, bei.

Am 9. Mai hatte das serbische Verteidigungsministerium russische Militärexperten für ihren Beitrag zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes mit Medaillen und Ehrenurkunden gewürdigt.

In Serbien sind nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität nach dem Stand zum Samstag, um 14.32 Uhr, 10.438 Menschen mit SARS-CoV-2 infiziert. 225 Menschen sind gestorben. Weltweit haben sich mehr als 4,5 Millionen Menschen mit dem Virus angesteckt. 308.165 sind gestorben.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32712/93/327129341_0:179:2980:1792_1000x0_80_0_1_15379aabc1d117a8f14aa5a19913257d.jpg.webp

de.sputniknews.com: Gastransit über Polen: Jamal-Vertrag mit Gazprom soll beendet werden

Der zwischen Russland und Polen geschlossene Jamal-Vertrag über Gaslieferungen soll demnächst auslaufen. Das teilte das russische Erdgasförderunternehmen Gazprom der Nachrichtenagentur Reuters mit. In dem Vertrag fungiert Polen als Transitland zwischen

Russland und Deutschland.

Der Vertrag könne tatsächlich für beendet gelten, sagte ein Sprecher des Unternehmens. Er betonte jedoch, dass russisches Erdgas auch weiterhin über polnisches Gebiet fließen werde. In diesem Zusammenhang sagte er aber nichts über einen möglichen Anstieg der Transitgebühren. Polen hatte in der Vergangenheit wiederholt bemängelt, dass diese zu niedrig seien.

Der 1996 geschlossene Vertrag sieht Gaslieferungen an Warschau von bis zu zehn Milliarden Kubikmetern jährlich vor. Die Pipeline verläuft von der Halbinsel Jamal im Norden Sibiriens über Polen nach Deutschland. Nach Angaben der polnischen Seite fließen durch den Pipeline-Abschnitt in Polen jährlich rund 30 Milliarden Kubikmeter Gas.

Warschau hat wiederholt erklärt, nach Auslaufen des Vertrages auf russisches Gas zu verzichten. Stattdessen wolle man sich auf Pipeline-Lieferungen aus Norwegen sowie auf Flüssigerdgas (darunter aus den USA) umstellen.

Preisstreit vor Gericht

2012 wurde der Gaspreis für Polen im Rahmen des Jamal-Vertrages um zehn Prozent gesenkt. 2015 wandte sich der polnische Energieversorger PGNiG an das Stockholmer Schiedsgericht, um eine weitere Preissenkung zu erwirken. Die damalige Begründung: Der festgesetzte Gaspreis sei überhöht und entspreche nicht der Marktlage.

Ende März 2020 teilte PGNiG mit, der Konzern sei nach dem Gerichtsurteil in Stockholm berechtigt, von Gazprom 1,5 Mrd. US-Dollar einzufordern. Die Entscheidung des Gerichts betrifft die Preise für Gas, das vom 1. Januar 2014 an nach Polen befördert wurde.

Gazprom erklärte seinerseits, dass die Entscheidung erst geprüft werde, und dass das Unternehmen es für verfrüht halte, die Höhe einer möglichen Rückerstattung zu bewerten.

abends:

de.sputniknews.com: Da kann Russland einpacken: Roskosmos-Chef scherzt über Trumps „Super-Duper-Rakete“

Der Direktor der russischen Weltraumorganisation, Dmitri Rogosin, hat sich von der von US-Präsident Donald Trump kürzlich angekündigten „Super-Duper-Rakete“ sehr beeindruckt gezeigt. Dabei soll es sich laut Trump um die schnellste Hyperschallrakete der Welt handeln. Am Freitag stimmte Trump die Weltöffentlichkeit auf eine neue Geheimwaffe der US-Streitkräfte ein, die er sogleich als „Super-Duper-Rakete“ bezeichnete. Die Rakete soll 17-mal schneller fliegen als die bislang im US-Arsenal vorhandenen Raketen, sagte Trump bei der Vorstellung der Flagge der neuen amerikanischen Teilstreitkraft „Space Force“ im Weißen Haus. Und damit nicht genug: Sie sei auch noch dreimal so schnell wie die schnellsten Raketen, welche die Streitkräfte Russlands und Chinas überhaupt aufbieten könnten. So viel Hyperschallgeschwindigkeit soll die Konkurrenten natürlich das Fürchten lehren. Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin nimmt das jedoch mit Humor.

„Nein, also gegen eine ‚Super-Duper-Rakete‘ haben wir nichts zu melden. Wir geben auf!“, schrieb Rogosin auf Twitter.

Russische Hyperschallraketen

Zwar gibt sich der Roskosmos-Chef bescheiden, doch können sich die russischen Waffenprojekte sehen lassen. Spätestens nachdem Wladimir Putin in seiner alljährlichen Ansprache an die Föderale Versammlung von 2018 die Hyperschallraketen „Kinschal“ und „Awangard“ vorgestellt hatte, war der Wettbewerb um die Vorherrschaft in diesem Bereich eröffnet. Nach Angaben der russischen Rüstungsindustrie laufen derzeit dutzende Projekte zur Entwicklung von neuen Hyperschallwaffen in Russland.

Ende Dezember letzten Jahres nahm das russische Militär die neue Hyperschallrakete vom Typ „Awangard“ in den Dienst. Angaben zufolge ist die Rakete zwanzigmal so schnell wie

der Schall. Das mache ein Abfangen mehr als unwahrscheinlich.

Die Hyperschallrakete „Kinschal“ wurde 2017 in den Dienst gestellt. Sie soll alle existierenden Flug- und Raketenabwehrsysteme überwinden können. Darüber hinaus kann sie nukleare und konventionelle Sprengköpfe über eine Entfernung von bis zu 2.000 Kilometern ins Ziel befördern. Mit der Rakete werden die modernisierten MiG-31K-Abfangjäger ausgerüstet. Anfang 2019 war von Testversuchen berichtet worden, bei denen Kinschal-Raketen Ziele in einer Entfernung von 1000 Kilometern erfasst haben sollen.

Eine weitere Hyperschallwaffe, die derzeit vom russischen Militär entwickelt wird und 2020-2021 zur Verfügung stehen soll, ist die Rakete Zirkon. Mit ihr sollen Schiffe und U-Boote der russischen Seestreitkräfte bewaffnet werden. Sie soll eine Geschwindigkeit von neun Mach sowie eine Flugreichweite von mehr als 1000 Kilometern haben.